Die Stadtverordnetenversammlung

Stadt Schwalbach am Taunus

Antrag

18/A 0072

Verfasser:	Bündnis 90/ Die Grünen Fraktion, -
Bezug-Nr.	
Vorlagen-Datum:	25.10.2018
Tagesdatum:	25.10.2018

Gremium	Termin	TOP-Nr.	Beratungsstatus	Öffentlichkeits-status
Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt				öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss				öffentlich
Stadtverordnetenversammlung				öffentlich

Betreff: **Initiativantrag zur Magistratsvorlage 18/M 0120**
Entwicklungsziele zur Erweiterung des Bebauungsplans Nr. 43

Text und Begründung:

Mit der Erweiterung des Bebauungsplans Nr. 43 für das Gebiet „Östlich der Berliner Straße zwischen Taunusstraße, Friedrich-Stoltze-Straße und Wiesenweg“ für den Teilbereich des Bauhofs werden vorrangig folgende Entwicklungsziele verfolgt:

1. Die Erfassung von Grünabfällen und Wertstoffen wird außerhalb des Plangebietes erfolgen.

2. Die Betriebsgebäude für die Feuerwehr und den im Plangebiet verbleibenden Teil des Bauhofs werden unter dem Gesichtspunkt eines möglichst geringen Flächenverbrauchs neu konzipiert.

3. Für die Erschließung des Geländes und den Betrieb der künftigen Einrichtungen wird unter Einbeziehung der Anwohner ein Verkehrskonzept erstellt

4. Die Dachflächen der Gebäude sollen durch Photovoltaikanlagen genutzt werden; Elektrotankstellen sind von vornherein einzuplanen.

5. Die Hälfte der Erweiterungsfläche, insbesondere der bachseitig gelegene Bereich, ist als naturnahe Sonderfläche für Erholung und Freizeit auszuweisen.

Begründung

Die Erweiterung des Plangebiets in den Grüngürtel und intensiv genutzten Naherholungsbereich hinein erfordert eine besonders sorgfältige Abwägung widerstreitender Interessen und die Festlegung, dass als Entwicklungsziel ein möglichst geringer Flächenverbrauch anzustreben ist. Eine zusätzliche Belastung für die Anwohner muss durch die Auslagerung der Grünabfall- und Wertstoffsammlung von vornherein minimiert und durch ein Verkehrskonzept abgesichert werden. Die Nutzung der Dachflächen durch Photovoltaikanlagen entspricht einer zeitgemäß fortschrittlichen und nachhaltigen Gebäudeausstattung.

gez. Barbara Blaschek-Bernhardt
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Hinweis
Der Antrag liegt als unterschriebenes Original dem Büro der Stadtverordnetenversammlung vor.

Federführung:
Fraktionen

Beteiligte Fachämter:
Bau- und Planungsamt